



HESSISCHER LANDTAG

30. 01. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Förderung der Akzeptanz von Feuerwehrleuten im Zivilberuf und Einführung eines Feuerwehrzeugnisses

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag würdigt die unverzichtbare Arbeit der Feuerwehren in Hessen und insbesondere der ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren und unterstützt die Landesregierung auch weiterhin bei ihrem Bemühen, das Ehrenamt in der Feuerwehr zu stärken. Er stellt jedoch fest, dass die vorhandenen Maßnahmen nicht ausreichen, um ein tatsächliches Kernproblem zu lösen, nämlich die nicht ausreichende Akzeptanz der Leistung der Einsatzkräfte durch manche Unternehmen.
2. Der Landtag bekräftigt auch deshalb seine Unterstützung für das von der Landesregierung initiierte Dialogforum "Wirtschaft trifft Blaulicht" als Plattform, um Wirtschaft und Feuerwehren für die verschiedenen Anliegen und Interessen beider Seiten zu sensibilisieren und für gegenseitiges Verständnis zu werben.
3. Der Landtag begrüßt, dass sich das Land im Rahmen dieses Dialoges verpflichtet hat, Maßnahmen zu ergreifen, die dazu beitragen können, die Abwesenheit von Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren vom Arbeitsplatz zu reduzieren, etwa durch zusätzliche E-Learning-Angebote und durch das Bemühen, Führungskräfte der Feuerwehren stärker dafür zu sensibilisieren, grundsätzlich nur die notwendige Anzahl von Kräften einzusetzen.
4. Der Landtag stellt fest, dass dies allerdings nur erste Schritte sind, um die notwendige stärkere Anerkennung der Leistung von Feuerwehrfrauen und -männern für die Allgemeinheit stärker im Bewusstsein breiter Bevölkerungskreise und insbesondere der Unternehmen zu verankern. Immer wieder wird berichtet, dass Einsatzkräfte bei Einstellungen oder auch bei der Entscheidung über die Entfristung von Anstellungsverhältnissen benachteiligt werden, weil Arbeitgeber Beeinträchtigungen der Betriebsabläufe durch die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr befürchten. Es bedarf deshalb konkreter weiterer Schritte, um die Bereitschaft zur Einstellung von Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren zu verbessern.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der Bildungsangebote der Landesfeuerwehrschule ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass den Einsatzkräften neben den im Rahmen der Feuerwehrausbildung ohnehin vermittelten Fähigkeiten und Fertigkeiten auch vermittelt wird, wie sie diese zum eigenen und zum Nutzen ihrer Arbeitgeber auch im Rahmen ihrer Berufstätigkeit einsetzen können. In diesem Zusammenhang soll neben der technisch ausgerichteten Ausbildung verstärkt auch auf die Entwicklung von Schlüsselqualifikationen wie Führungskompetenz, Flexibilität, Verantwortungsbereitschaft, Entscheidungsbereitschaft gepaart mit Besonnenheit auch in Stresssituationen und Teamfähigkeit Wert gelegt werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen einer landesweiten Erhebung bei den Einsatzkräften sowohl bereits vorhandene Qualifikationen wie auch Bildungsbedarfe abzufragen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse der Hessischen Landesfeuerwehrschule für die Verwendung bei der Weiterentwicklung ihres Bildungsangebotes zur Verfügung zu stellen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Grundlage für die Ausstellung eines "Feuerwehrzeugnisses" zu schaffen, das z.B. im Rahmen einer Bewerbung um eine Stelle vorgelegt werden kann. Dieses Zeugnis soll auf Wunsch der Feuerwehrfrau bzw. des

Feuerwehrmannes durch die Kommune ausgestellt werden und alle Qualifikationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten bescheinigen, die im Rahmen der hochwertigen Feuerwehrausbildung und der Mitgliedschaft in der Einsatzabteilung erworben wurden.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Grundlage dafür zu schaffen, dass Unternehmen nicht nur symbolisch, sondern tatsächlich der monetäre Verlust ersetzt wird, der durch die einsatzbedingte Abwesenheit von Feuerwehrleuten entstehen kann.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sowohl im Rahmen des Dialogforums "Wirtschaft trifft Blaulicht" wie auch mit einer dort abzustimmenden gesonderten Kampagne gegenüber Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Kammern, Kreishandwerkerschaften und Gewerbevereinen die Vorteile zu kommunizieren, die für Unternehmen mit der Beschäftigung aktiver Feuerwehrleute verbunden sind. Dabei soll herausgestellt werden, welche besonderen Aufgaben ausgebildete Feuerwehrleute im Unternehmen übernehmen können, etwa als Ersthelfer, Evakuierungshelfer oder Brandschutzhelfer. Außerdem soll vermittelt werden, welche überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft auch im Beruf bei Feuerwehrleuten vorhanden ist, die 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche und 365 Tage im Jahr bereit sind, anderen Menschen zu helfen, schon früh im Leben Verantwortung zu übernehmen und sich etwa als Atemschutzgeräteträger auch körperlich fit zu halten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. Januar 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Rock